

(Abg. Dr. Zöphel.)

(A) Betrag dafür ausgeworfen hatten, mit zurückzuführen. Es ist geradezu ein beklagenswerter Vorgang gewesen, daß in dieser Weise eine einzelne Industrie herausgenommen und so schwer belastet worden ist.

Es ist den Brauereien einigermaßen gelungen, die Belastung herauszuholen. Nun kommt aber die Steigerung der Rohstoffpreise wieder, wie bei Hopfen und Gerste, und da ist es Tatsache, daß alle Kräfte zusammengenommen werden müssen, um eine solche Industrie, die so stark durch die Steuerverhältnisse getroffen wurde, wenigstens aufrechtzuerhalten. Von der Regierung und der Kammer hätte die Gelegenheit mit Freuden ergriffen werden sollen, wenn man einmal eine Maßnahme hier erbittet, die den Absatz von Produkten der einheimischen Industrie zum Nachteil der auswärtigen Industrie beeinflussen soll.

Ich für meinen Teil möchte erklären, daß die Sachlage wirklich nicht mit der Bemerkung abgetan ist, der Bierpreis, der jetzt genommen worden ist, sei etwas über die Brausteuer hinausgegangen, sondern man muß sich die gesamte Lage ansehen, und da werden Sie wohl von einem Notstande der Brauereiindustrie reden können.

(Bravo! in der Mitte.)

(B) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abg. Sindermann.

Abg. **Sindermann:** Meine Herren! Ich möchte doch daran erinnern, daß wir rechtzeitig auf alle diese Kalamitäten, die der Herr Kollege Dr. Zöphel vorbrachte, aufmerksam gemacht haben, daß es die sozialdemokratische Partei war, die überall Protestversammlungen veranstaltete, als die Erhöhung durch die Handelsverträge eintrat. Da waren es aber gerade die Freunde des Herrn Abg. Dr. Zöphel, die uns dabei im Stiche gelassen haben. Das ganze Gejammer hinterher hat keinen Zweck, wenn man erst die Hand dazu geboten hat, für die Erhöhung der Rohstoffe mit einzutreten auf dem Wege der Zoll- und Handelsgesetzgebung. Wir haben sie bekämpft; hätten Sie sie auch mit bekämpft, dann wäre die ganze Geschichte heute erledigt.

Aber es kommt hinzu, Herr Dr. Zöphel — die Hand aufs Herz! —, so schlimm geht es den Brauereibesitzern doch nicht, wie Sie es hingestellt haben. Ich habe immer die Generalversammlungsberichte gelesen und habe konstatieren können, daß gerade die Brauereien von Berlin, Chemnitz, Dresden und Leipzig, alle diese Betriebe nicht weniger Prozente an Dividenden in den letzten Jahren verteilt haben als früher. Deshalb sage ich mir: die werden die Erhöhung der Rohstoffe durch die

Zoll- und Handelspolitik schon wieder wettgemacht haben, (C) sie haben sie abgewälzt auf das Publikum. Es ist dem Herrn Kollegen Dr. Zöphel bekannt, daß überall Bierkriege stattgefunden haben und daß schließlich die Brauereien Sieger geblieben sind. So schlimm ist deshalb die Lage nicht. Aber wir wenden uns dagegen, daß man die Gelegenheit dazu benutzen will, um die ausländische Konkurrenz unmöglich zu machen. Die deutsche Industrie wäre jedenfalls sehr empört, wenn im Auslande genau so gearbeitet würde und der deutschen Industrie durch den Export der Lebensfäden abgeschnitten würde.

Außerdem kommt noch etwas hinzu. Ich beklage es außerordentlich, daß gerade durch die Brauereibesitzer den größeren Etablissements, die ihnen gehören oder die sie mit Hypotheken belastet haben, vorgeschrieben wird, daß sie für alkoholfreie Getränke außerordentlich hohe Preise nehmen. Das dürften sie nicht tun, damit z. B. diejenigen, die mit ihren Kindern in diesen Etablissements verkehren, für billigen Preis alkoholfreie Getränke genießen können.

Präsident: Ich nehme an, daß die Kammer damit einverstanden ist, daß der Herr Abg. Dr. Zöphel trotz der vorgerückten Zeit zum dritten Male spricht. — Er hat das Wort.

Abg. Dr. **Zöphel:** Ich wollte nur feststellen, daß die Meinung des Herrn Abg. Sindermann von der Erhöhung der Dividenden sich auf große Unternehmungen bezieht, die zum Teil ihren Reingewinn nicht aus dem Umsatze von Bier beziehen, und weiter, daß er nicht verglichen hat die Steigerung, die wir im letzten Jahre bei den Brauereiaktien haben, mit dem Stande der Aktien vor der ersten Steigerung der Brausteuer. Das ist ganz wesentlich.

Dann hat es gar keinen Zweck, jetzt darüber zu klagen, ob man im letzten Reichstage so oder so gestimmt hat. Die Sache ist geschehen, und es ist Veranlassung, an Heilung zu denken. Ich möchte feststellen, daß die Nationalliberalen gegen die letzte Brausteuer gestimmt haben.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. **Schulze:** Meine Herren! Die Erhöhung der Bierpreise, die die Petenten wünschen, würde einfach eine Maßregel im Verwaltungswege darstellen. Die Deputation ist der Meinung, daß diese einseitige Erhöhung in den Bahnhofswirtschaften eine Verringerung des Absatzes herbeiführen würde. In dem Augenblicke,